Muster 5

- Alkoholbelehrung im Disziplinarverfahren -

Dienststelle
- Der Dienstvorgesetzte -¹⁾
Geschäftszeichen

Ort, Datum Bearbeiter: Durchwahl:

- Vertrauliche Personalsache -

Belehrung des ... (Amtsbezeichnung, Vor-, Zuname) über die beamtenrechtliche Pflichtenlage nach erfolgreich abgeschlossener Alkoholentwöhnungsbehandlung²⁾

Sehr geehrter Herr ... (Zuname),

in der Zeit von ... bis ... (Zeitraum) haben Sie sich in der ... (Bezeichnung der Einrichtung, Ort) erfolgreich einer Alkoholentwöhnungsbehandlung unterzogen. Der erfolgreiche Abschluss dieser Therapie wird durch Schreiben der Einrichtung vom ... (Datum) bestätigt.

Damit sind Sie Ihrer Verpflichtung nach § 46 Abs. 4 des Bundesbeamtengesetzes (BBG) nachgekommen, die verloren gegangene bzw. eingeschränkte Dienstfähigkeit wieder herzustellen. Zu Ihren Beamtenpflichten gehört es jedoch auch, gem. § 61 Abs.1 Satz 1 BBG die wiedererlangte Dienstfähigkeit zu erhalten.

Im Rahmen der Therapie sind Sie über die Gefahren des Alkoholmissbrauchs unterrichtet worden. Es ist davon auszugehen, dass die Therapie neben der physischen und psychischen Stabilisierung Ihres Gesundheitszustandes geeignet war, das für die Überwindung der Sucht erforderliche Problembewusstsein zu entwickeln und die Gefahren eines Rückfalls in die Sucht zu erkennen. Sie sind während der Behandlung darüber belehrt worden, dass jeder erneute Alkoholgenuss zwangsläufig den Rückfall zu einem unkontrollierten Trinkverhalten mit allen negativen Auswirkungen einleitet.

Um einem Rückfall entgegenzuwirken, empfehle ich Ihnen dringend, sich einer therapeutischen Nachbetreuung zu unterziehen oder sich einer Selbsthilfegruppe (z.B. Anonyme Alkoholiker) anzuschließen. Eine Anschlussheilbehandlung in Form einer ambulanten Nachsorge empfehle ich Ihnen nachdrücklich³⁾. Die Durchführung entsprechender Maßnahmen bitte ich mir mitzuteilen.

Ich weise auf die Disziplinarrechtsprechung hin, wonach ein Beamter, der nach Durchführung einer Entwöhnungsbehandlung rückfällig wird und durch erneuten Alkoholgenuss seine Dienstleistung zeitweise oder gar auf Dauer beeinträchtigt oder ausschließt, seine Beamtenpflichten verletzt und mit strengen Disziplinarmaßnahmen, unter Umständen sogar mit seiner Entfernung aus dem Beamtenverhältnis gem. § 10 Bundesdisziplinargesetz (BDG) oder der Aberkennung des Ruhegehalts gem. § 12 BDG rechnen muss.

Muster 5

Hinsichtlich der Aufnahme dieses Vorgangs in Ihre Personalakte gebe ich Ihnen gemäß § 109 BBG Gelegenheit zur Äußerung. Sofern Sie hiervon Gebrauch machen, werde ich Ihre Stellungnahme ebenfalls zur Personalakte nehmen (§ 109 Satz 2 BBG).

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Unterschrift⁴⁾

Empfangsbestätigung

Ich habe die Reinschrift der Belehrung vom ... (Datum) erhalten.

Ich habe die Belehrung verstanden.

Ich bin mir bewusst, dass ich keinen Alkohol mehr trinken darf und bei einem Rückfall in die Alkoholabhängigkeit und dadurch bedingter Beeinträchtigung meiner Dienstleistung bzw. zeitweiliger oder dauernder Dienstunfähigkeit unter Umständen mit meiner Entfernung aus dem Beamtenverhältnis oder mit der Aberkennung meines Ruhegehalts rechnen muss.

Ich äußere mich gemäß § 109 BBG nicht/später/wie folgt 5)

... (Stellungnahme)

... (Ort) ... (Datum)

Unterschrift (Beamter)

Anmerkungen:

- 1) Dienstvorgesetzter gemäß Anordnung zur Durchführung des BDG für die BFV (z.B. Leiter des HZA, Präsident der BFD) mit Angabe der Dienststelle;
- 2) Der Vordruck ist für andere Suchtformen entsprechend abzuändern:
- 3) Art der Nachsorge auf die Empfehlungen der Therapieeinrichtung anpassen;
- 4) Unterschrift des belehrenden Beamten;
- 5) Nichtzutreffendes streichen